

**Rede
der Sprecherin für Umwelt, Energie und Klimaschutz**

Thordies Hanisch, MdL

zu TOP Nr. 3a

Aktuelle Stunde

**Ausbau erneuerbarer Energie braucht neuen
Schwung - gemeinsam in Niedersachsen für das
Klima durchstarten**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 19/362

während der Plenarsitzung vom 25.01.2023
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

der Koalitionsvertrag ist beschlossen und wir werden in Niedersachsen bis 2040 klimaneutral sein.

Wir verpflichten Kommunen, den Bau von Wind- und Photovoltaikanlagen zu ermöglichen. Es kommen PV-Anlagen auf Dächer und über Parkplätze. Aber es braucht wesentlich mehr als das. Wir müssen an einem Strang ziehen, um das zu schaffen: Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Wir können uns keine langwierigen Planverfahren mehr leisten.

Es geht bei diesen Verfahren *nicht* darum, den Bau von Unternehmen, Industrie und Firmensitzen zu ermöglichen, damit sich jemand die Taschen vollmachen kann. Es geht um die staatliche Verantwortung gegenüber der Gesellschaft.

Und das muss allen Beteiligten klar sein. Es geht nicht darum, dass Investoren etwas vom Staat wollen – wollen die auch – aber darum geht es eben nicht. Politik und Verwaltung, aber auch Gesellschaft und Verbände stehen in der Pflicht gegenüber jedem einzelnen Menschen, das alles so schnell wie möglich hinzubekommen. Wir müssen ermöglichen und Service leisten. Und das machen wir mit der Task-Force Energiewende.

Wir müssen mehr als viermal so viel Photovoltaik- und Windkraftanlagen jedes Jahr bauen, und am Ende – und das muss allen hier bewusst sein – werden wir trotzdem noch auf Energieimporte angewiesen sein, wenn wir alle Verbräuche auf grüne Energie umgestellt haben. Wir werden *nicht* energieunabhängig werden können – dafür fehlt uns schlicht die Fläche, und unser Energiehunger ist zu groß. Und das ist genau der Grund dafür, dass es darum gehen muss, jede Kilowattstunde so effizient wie möglich zu nutzen – damit wir so unabhängig wie möglich werden.

Das ewige Mantra der „Technologieoffenheit“ muss ein Ende haben – und zwar dort, wo wir effizientere Lösungen haben, die funktionieren. Dort können wir aufhören, über E-Fuels zu sprechen.

Bei Autos brauchen da wir nicht zu überlegen – auf den Pkw-Kilometer verbrauchen Autos mit E-Fuels das zehnfache an Grundenergie. Das heißt im Umkehrschluss: Wir bräuchten auch zehnmal so viele Windkraftanlagen gegenüber elektrischen Autoantrieben.

Wir müssen vom Ende her denken: Welche Energieerzeugung, -verteilung, -speicherung und -nutzung ist am effizientesten? Wie sieht unsere Blaupause für eine Energieversorgung der Zukunft aus?

Es gibt intelligente Netze – verknüpft mit intelligenten Geräten. Spülmaschinen, die anspringen, wenn wir viel Strom haben. E-Autos, von denen ein Teil der Batterie als Speicher im Netz genutzt werden kann. Batterien in Privathäusern, die angesteuert werden können, wenn mal zu viel Wind weht. Das alles ist ein riesiges Potenzial und eine riesige Herausforderung für unser System.

Niemand hat bei der Schaffung der rechtlichen Grundlagen daran gedacht, dass Privathaushalte zu Stromhändlern werden. Und bei der technischen Entwicklung sind wir zwar an einigen Stellen so weit, dass sowas funktioniert – aber in der Praxis taucht dieses Potenzial noch kaum auf. Aber dieses Potenzial entlastet unser Netz und muss bei der Netzplanung mitgedacht werden.

Im besten Fall sind die größten Bedarfe dort angesiedelt, wo der meiste Strom entsteht. Das entlastet unser Netz. „Industrie folgt Energie“ ist kein populistischer Leitsatz, sondern ein Teil der Lösung, die wir verfolgen müssen, weil wir es uns schlicht nicht leisten können, nur auf den massiven Ausbau des Netzes zu setzen. Denn jede Kilowattstunde, die wir dezentral speichern oder gleich vor Ort verbrauchen, entlastet unser Netz. Dazu braucht es die rechtlichen, technischen und infrastrukturellen Grundlagen.

Und am Ende müssen wir auch die Bürgerinnen und Bürger stärker mitnehmen, und auch das haben wir vor. Wenn wir Kommunen, Bürgerinnen und Bürger und lokale Energiegenossenschaften stärker an den Anlagen beteiligen. Gesellschaft muss mitgenommen werden, weil wir alle an einem Strang ziehen müssen und das funktioniert am einfachsten, wenn die Betroffenen auch selbst profitieren können. Und das ist wichtig, weil die Infrastruktur insbesondere die Menschen auf dem Land trifft und hier der gesamte Strom für alle in Niedersachsen erzeugt wird, und da braucht es einen Ausgleich.

Die Energiewende ist eine Mammutaufgabe, und es gibt nicht die eine Lösung. Es ist und bleibt ein Strauß an Vorhaben, um die Energiewende zu schaffen. Und jedem Beteiligten – jedem Projektträger, jeder Privatperson und der Gesellschaft muss es so einfach wie nur irgend möglich gemacht werden, Teil der Lösung zu sein.